

Deutsche und europäische Finanzpolitik aus Sicht der LINKEN

Axel Troost

Dr. Axel Troost, MdB
DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Gliederung

Eurokrise

Ursachen

Falsche Politik

Sofortmaßnahmen zur Beseitigung der Euro-Krise

Staatsverschuldung in Deutschland

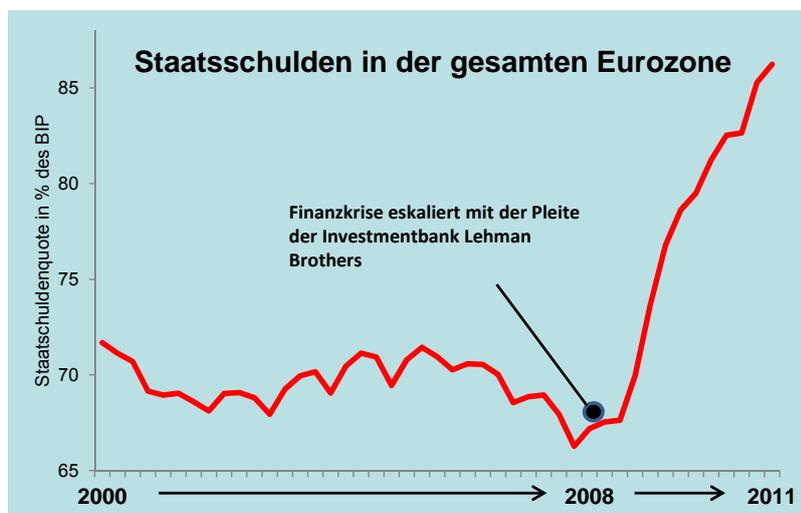
Sozialstaatsprinzip fordert Einnahmeverbesserungen

Steuerpolitische Sofortforderungen der LINKEN

Ursachen der Eurokrise

- **Hohe Kosten aus Finanzkrise**
(Bankenrettung, Konjunkturprogramme, Immobilienblasen)
- **Fehlkonstruktion der Währungsunion**
(unkoordinierte Wirtschafts- und Fiskalpolitik führt zu massiven Verwerfungen)
- **Hausgemachte Probleme**
(Korruption, Steuerhinterziehung, manipulierte Haushaltszahlen, ...)

Finanzkrise: Staatsschulden explodieren



Deutschland: Anstieg nur durch Bankenrettungen um ca. 300 Mrd. € (Bruttoschulden)

Schuldenstand der Staaten in % des BIP

	2000	2007	2011		2000	2007	2011
Europäische Union (27 Länder)	61,9	59,0	82,5	Lettland	12,4	9,0	42,2
Euroraum (17 Länder)	69,2	66,3	87,3	Litauen	23,6	16,8	38,5
Belgien	107,8	84,1	97,8	Ungarn	56,1	67,0	81,4
Bulgarien	72,5	17,2	16,3	Malta	54,9	62,1	70,9
Tschechische Republik	17,8	27,9	40,8	Niederlande	53,8	45,3	65,5
Dänemark	52,4	27,5	46,6	Österreich	66,2	60,2	72,4
Deutschland	60,2	65,2	80,5	Polen	36,8	45,0	56,4
Estland	5,1	3,7	6,1	Portugal	48,5	68,3	108,1
Irland	37,5	24,8	106,4	Rumänien	22,5	12,8	33,4
Griechenland	103,4	107,4	170,6	Slowenien	26,3	23,1	46,9
Spanien	59,4	36,2	69,3	Slowakei	50,3	29,6	43,3
Frankreich	57,3	64,2	86,0	Finnland	43,8	35,2	49,0
Italien	108,5	103,1	120,7	Schweden	53,9	40,2	38,4
Zypern	59,6	58,8	71,1	Vereinigtes Königreich	41,0	44,4	85,0

Copyright © 1980 - 2013 Europäische Gemeinschaften, Eurostat. Alle Rechte vorbehalten.

Staatsschuldenkrise?

Rostock, 11.11.2013

Dr. Axel Troost, MdB
DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

- Grundsätzlich entsteht Staatsverschuldung, wenn ein Staat mehr ausgibt als er an ordentlichen Einnahmen zur Verfügung hat. Um diese zusätzlichen Ausgaben zu decken, muss der Staat Kredite aufnehmen, üblicherweise für eine bestimmte Laufzeit. Diese Finanzierung nennt man **Nettokreditaufnahme** bzw. **Nettoneuverschuldung**.
- Ist das Ende der Laufzeit erreicht, muss der Kredit zurückgezahlt werden, woraufhin der Staat in aller Regel neue Kredite aufnimmt. Die Summe aus Nettokreditaufnahme und der Anschlusskredite zur Tilgung der ausgelaufenen Kredite nennt man **Bruttokreditaufnahme bzw. Bruttoneuverschuldung**.
- Die Nettokreditaufnahme nur einen kleinen Teil der Bruttoneuverschuldung aus. Im Jahre 2011 belief sich in Deutschland die Nettokreditaufnahme auf ca. 12 Mrd. Euro, wohingegen der allergrößte Teil (280 Mrd. Euro) der aufgenommenen Kredite zur Rückzahlung bestehender Schulden aufgewendet wurde.

„Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“

Hans Tietmeyer auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos
(unter langanhaltendem Beifall)

7

Zinsausgaben der Staaten in % des BIP							
	2000	2005	2009		2000	2005	2009
Europäische Union (27 Länder)	3,6	2,8	2,6	Lettland	1,0	0,5	1,5
Euroraum (17 Länder)	3,9	3,0	2,9	Litauen	1,7	0,8	1,3
Belgien	6,6	4,3	3,7	Polen	3,0	2,8	2,6
Bulgarien	4,2	1,6	0,8	Portugal	2,9	2,4	2,9
Tschechische Republik	0,8	1,1	1,3	Rumänien	3,9	1,2	1,5
Dänemark	3,7	2,1	1,9	Slowenien	2,4	1,6	1,4
Deutschland	3,2	2,8	2,7	Slowakei	4,1	1,7	1,4
Estland	0,2	0,2	0,2	Finnland	2,8	1,7	1,4
Irland	2,0	1,0	2,0	Schweden	3,5	1,9	1,2
Griechenland	7,4	4,7	5,1	Vereinigtes Königreich	2,7	2,1	1,9
Spanien	3,2	1,8	1,8				
Frankreich	2,9	2,7	2,4				
Italien	6,3	4,7	4,5				
Zypern	3,4	3,5	2,6				

Copyright © 1980 - 2013 Europäische Gemeinschaften, Eurostat. Alle Rechte vorbehalten.

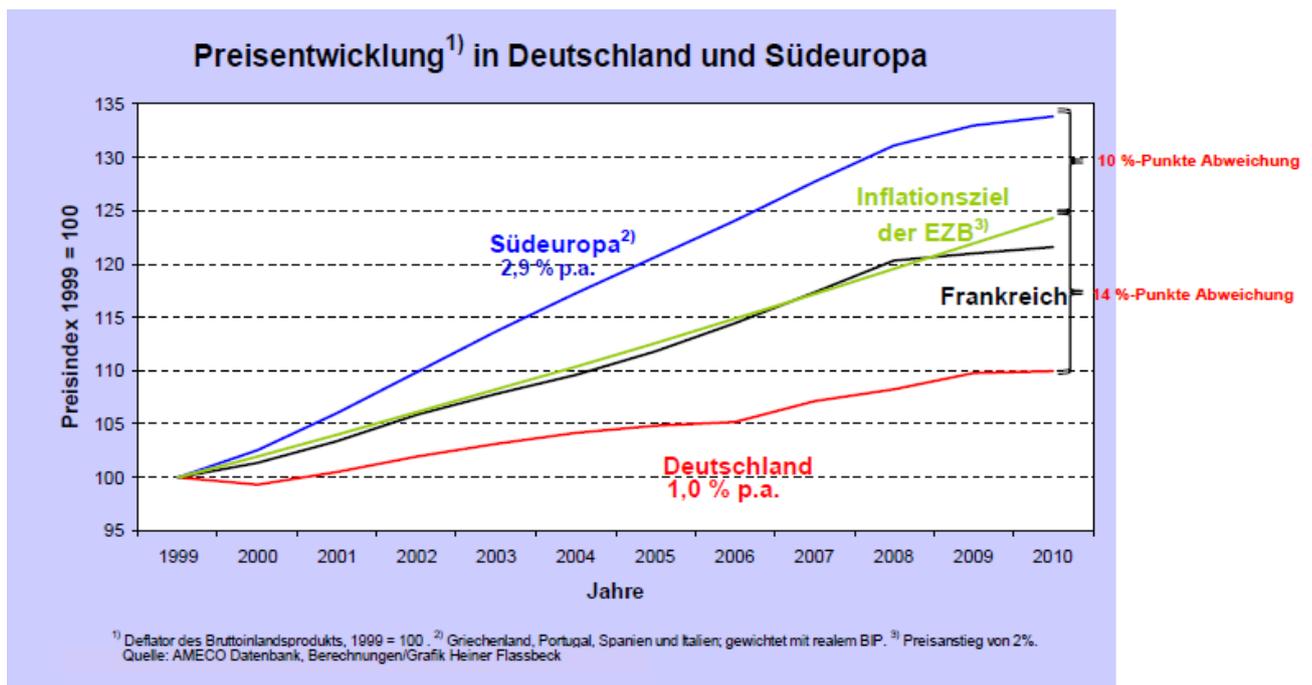
Ursachenanalyse II

Die Krise der Euro-Zone ist Ausdruck der grundlegenden Konstruktionsfehler der Währungsunion

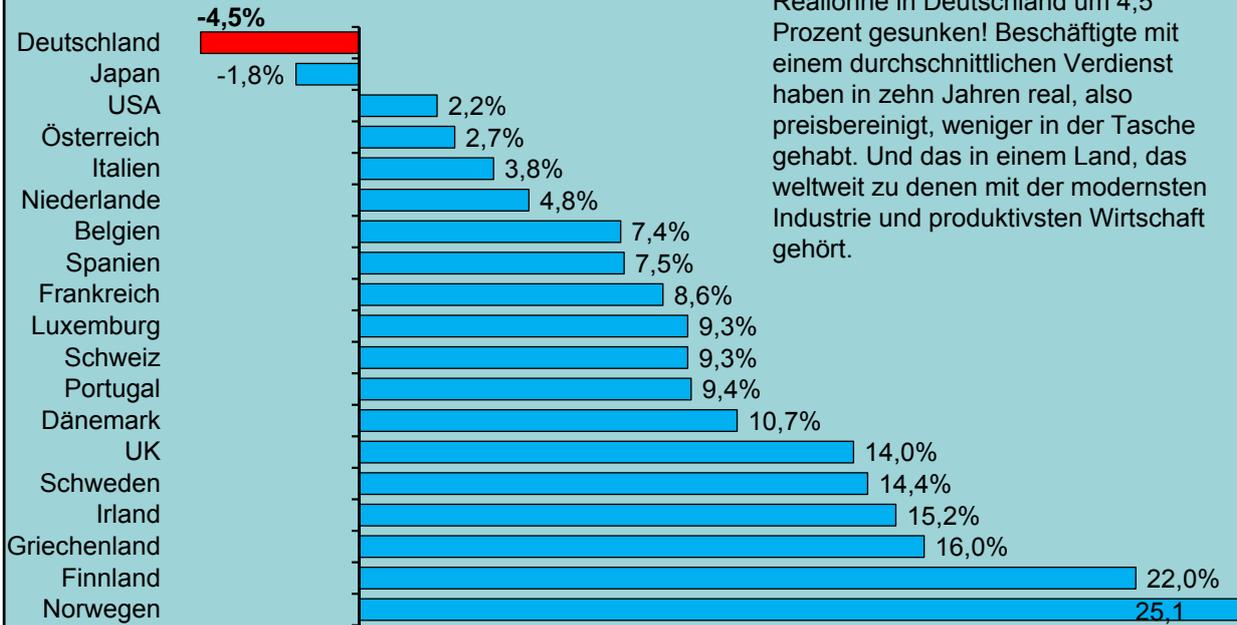
- Eine gemeinsame Währung kann ohne ein Mindestmaß an Koordination der Wirtschafts-, Sozial-, und Lohnpolitik nicht funktionieren.
 - Folge: gravierende Ungleichgewichte im Außenhandel zwischen den Euro-Ländern, steigende Auslandsverschuldung der Länder mit Importüberschüssen
 - Keine Zentralbank, die im Zweifelsfall die Zahlungsfähigkeit der Zentralregierung sicherstellt.
- ➔ Wir müssen die Währungsunion grundlegend reformieren, oder sie wird zerbrechen. Sparwut alleine hilft gar nichts.

9

Wer verletzt eigentlich die Spielregeln?



Deutschland ist Weltmeister - beim Lohndumping!

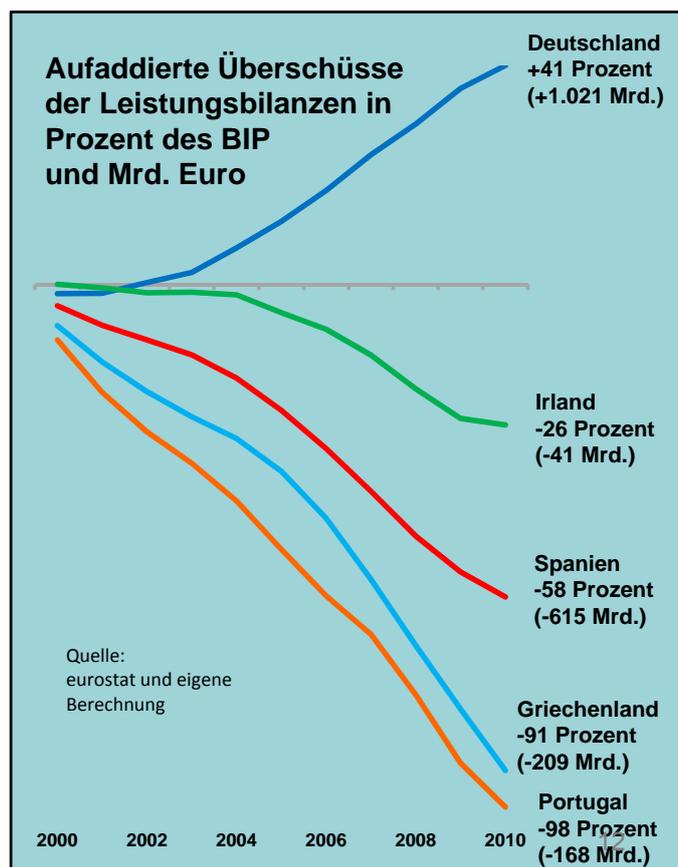


Zwischen 2000 und 2010 sind die Reallöhne in Deutschland um 4,5 Prozent gesunken! Beschäftigte mit einem durchschnittlichen Verdienst haben in zehn Jahren real, also preisbereinigt, weniger in der Tasche gehabt. Und das in einem Land, das weltweit zu denen mit der modernsten Industrie und produktivsten Wirtschaft gehört.

Quelle: Global Wage Report, Internationale Arbeitsorganisation Genf, Griechenland und Portugal Ameco-Datenbank

Lohndumping produziert hohe Ungleichgewichte

Leistungsbilanz: Die wichtigsten Teile der Leistungsbilanz sind der Warenhandel und die Dienstleistungen. Ein Land mit Überschüssen in der Leistungsbilanz baut Forderungen gegenüber dem Ausland auf. Ein Land mit Defiziten verschuldet sich. Das geht nicht auf Dauer gut.



Quelle: eurostat und eigene Berechnung

Kürzungspolitik am Beispiel Griechenlands:

- Lohnkürzungen von 30 Prozent bis Ende 2013
- Mindestlohn um 22 % gekürzt, für Jugendliche bis 25 Jahre um 32 %
- Wesentliche Staatsausgaben um 21 % gekürzt:

	2009 (Mrd. €)	2012 (Mrd. €)	Differenz (Mrd. €)	Differenz (in %)	auf Deutschland hochgerechnet
Personal	31	24	-7	-23 %	85 Mrd. €
Sozialtransfers	18	13	-5	-26 %	61 Mrd. €
Sozialausgaben ohne Transfers (v.a. Renten)	49	46	-3	-7 %	37 Mrd. €
Gesamt	125	99	-26	-21 %	317 Mrd. €

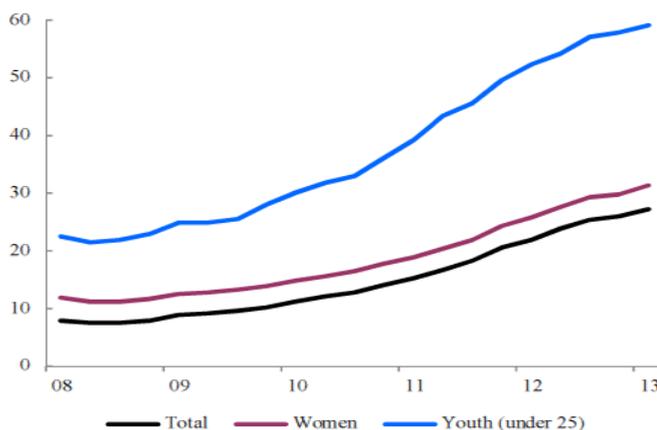
Europäische Kommission: „Employment and Social Developments in Europe 2012“, Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Integration, November 2012

13

Die griechische Wirtschaft wird in die Rezession getrieben

- Bruttoinlandsprodukt:
seit 2010 um ca. 20 % gefallen
EU-Kommission rechnete ursprünglich „nur“ mit 6,6 %

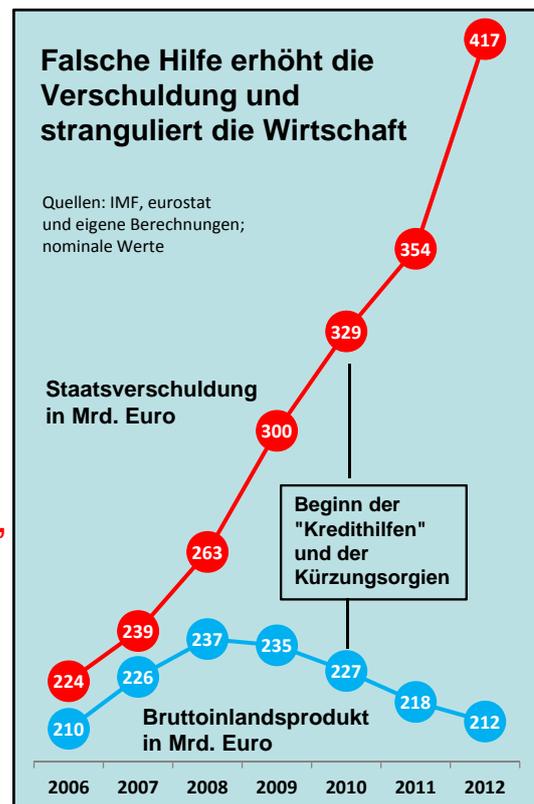
■ Arbeitslosenquote (nach Alter und Geschlecht):



14

Griechische Tragödie:

- „Kredithilfen“ gab es nur, wenn gigantische Ausgabenkürzungen umgesetzt wurden. Das Land geriet in eine Rezession.
- ➔ Ausgaben steigen wegen zunehmender Arbeitslosigkeit, Steuereinnahmen sinken wegen der Rezession.
- ➔ Schulden steigen trotz sogenannter Hilfskredite.



15

Der Minusmultiplikator: Im Teufelskreis des Staatsschuldenabbaus

■ Italien

Rückgang des BIP -2,3% (2012), -0,5% (2013)

■ Spanien

Rückgang des BIP -1,4% (2012), -1,4% (2013)

Neuverschuldung 8% (2012) und 6% (2013) des BIP

16

Die beschlossenen Maßnahmen werden die Krise nicht beenden

- Die bisherige Rettungspolitik führt zu mehr Schulden und weniger Wachstum.
- Deshalb haben alle sogenannten Hilfspakete nichts bewirkt – egal in welche astronomische Höhe sie innerhalb von zwei Jahren gestiegen sind.



Weil diese Politik falsch ist und eine alternative Krisenbekämpfung möglich ist, hat DIE LINKE im Bundestag gegen die „Rettungspakete“ gestimmt.

17

Aktuell: Fiskalvertrag

- **Schuldenbremse**
strukturelles Defizit darf 0,5 % nicht überschreiten
- **Schuldengrenze von 60 % des BIP**
überschüssige Schulden müssen innerhalb von 20 Jahren abgebaut werden
- **Zugang zum ESM an Ratifizierung des Fiskalvertrags verknüpft**



Vorgaben zwingen zu europaweiten Sparorgien
fast alle EU-Staaten haben derzeit zu hohe Defizite



Parlamente werden entmündigt
Budgethoheit wird stark eingeschränkt

Junktin von SPD und Grünen war Showveranstaltung
(Wachstumskomponenten, Finanztransaktionssteuer, ...)

18

Fiskalvertrag II

SPD und Grünen haben nach Showverhandlungen (Wachstumskomponenten und Finanztransaktionssteuer) für verfassungsändernde Mehrheit gesorgt

L

Frankfurter Rundschau

FORSCHER WARNT DIE SPD

Meinung - 29 | 5 | 2012

Gegen den Fiskalpakt ist Hartz IV eine Lappalie



Aktivisten wehren sich mit Farbe gegen die Räumung des Occupy-Camps in Frankfurt (16.05.2012).
Foto: afp

Von Stephan Schulmeister

Wenn die SPD dem Fiskalpakt zustimmt, schafft sie die Voraussetzung für die Vollendung des neoliberalen Projekts in Europa. Damit würde sie den größten Fehler der Nachkriegszeit begehen, Hartz IV ist dagegen eine Lappalie. Ein Kommentar.

Niemand darf über seine Verhältnisse leben. Deshalb ist der deutsche Staat schuld an seiner Verschuldung, die Griechen sowieso, aber auch alle anderen Staaten. Nüchtern formulierte Reichskanzler Brüning schon 1931: „Die Dinge liegen an sich eher einfach: Der oberste Grundsatz für die Finanzpolitik jedes Staates ist der, dass nicht mehr ausgegeben werden kann als eingenommen wird“.

19

Als Sofortmaßnahmen zur Beseitigung der Euro-Krise fordert die LINKE ein 6 Punkteprogramm

1. Sofortiges Ende der diktierten Sparprogramme und der undemokratischer Einflussnahme
2. Finanzierung der öffentlichen Haushalte von den Finanzmärkten abkoppeln
3. Schuldenschnitte für überschuldete Staaten und europäische Vermögensabgabe zum Schuldenabbau
4. Bankensektor streng regulieren und unter öffentliche Kontrolle stellen
5. Beseitigung der Außenhandelsungleichgewichte
6. Profiteure zur Kasse

1. Ein sofortiges Ende der diktierten Sparprogramme

- Schluss damit, dass über die Politik in den Krisenländern nicht mehr die dortigen gewählten Parlamente entscheiden, sondern die Regierungschefs anderer Länder und demokratisch nicht legitimierte Institutionen (wie die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds).
- Ein sofortiges Ende der Renten-, Lohn- und Sozialkürzungen sowie der Privatisierungen.
- Statt kaputtsparen:
Sinnvolle Investitionen in die Zukunft

2. Finanzierung der öffentlichen Haushalte von den Finanzmärkten abkoppeln

- Die Staaten erhalten die Möglichkeit, sich über eine *europäische Bank für öffentliche Anleihen* Geld zu niedrigen Zinsen bei der Zentralbank zu besorgen, anstatt es sich zu hohen Zinsen bei Banken oder anderen Investoren leihen zu müssen.
- *Gemeinsame Anleihen der Eurostaaten* sind eine praktische Möglichkeit, die Zinsbelastungen für die in die Krise getriebenen Mitgliedstaaten so zu gestalten, das diese von denen auch beglichen und Schulden abgebaut werden können.
- Dadurch werden die Staatsfinanzen aus der Geiselhaft der Finanzmärkte befreit.

3. Schuldenschnitte und europäische Vermögensabgabe zum Abbau des Schuldenstandes

- Die Staatsschulden werden durch einen *Schuldenschnitt für überschuldete Staaten* und eine *europaweite Vermögensabgabe* für Millionäre auf ein tragfähiges Niveau gebracht.
- Schuldentilgungspakt des SVR in Form eines gemeinschaftlich verantworteten Tilgungsfonds. Der Fonds hätte eine Laufzeit bis zu 25 Jahren und derzeit ein Volumen von 2,6 Billionen Euro. Deutschland würde 537,8 Mrd. Euro an Altschulden dem Tilgungsfonds übereignen.
 - Keine Bedingungen, mit denen die teilnehmenden Länder zu einer rigorosen Austeritätspolitik gezwungen werden.
 - Finanzierung des Fonds durch eine Vermögensabgabe

4. Der Bankensektor ist streng zu regulieren

- Banken müssen gezwungen werden, sich auf ihre dienende Funktion für die Realwirtschaft zu beschränken. Das Geschäftsmodell sollte sich an den Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken orientieren. Erster Schritt: Trennbankensystem einführen.
- Rekapitalisierung mit staatlichem Geld nur gegen Mehrheitsbeteiligung. Langfristig *Vergesellschaftung* der großen Privatbanken.
- Reregulierung von Leerverkäufen, Kreditausfallversicherungen (CDS), OTC-Geschäften, Eigenkapital
- Ende der *Schattenbanken*, d.h. Hedgefonds für Großanleger und Fonds zum Kauf von Unternehmen auf Kredit ("Private Equity") sowie Geldmarktfonds und Zweckgesellschaften, in der Regel formal in Steuerfluchtzentren wie den Cayman Islands angesiedelt, wo es gar keine arbeitsfähigen Aufsichtsbehörden gibt.
- Öffentliche europäische Ratingagentur
- *Finanz-TÜV* – Veränderung der Aufsichtskultur: Nicht alles ist erlaubt, was nicht verboten ist, sondern nur Produkte und Geschäftspraktiken sind zulässig, die genehmigt worden sind.

5. Beseitigung der Außenhandelsungleichgewichte

- Überschussländer müssen zur Steigerung ihrer Binnennachfrage verpflichtet werden, damit Defizitländer mehr exportieren können
- Für Deutschland bedeutet das: sofortiger Mindestlohn von 10 Euro, Hartz IV überwinden und ein Zukunftsinvestitionsprogramm finanziert durch Millionärsteuer, höhere Körperschaftsteuer etc.
- Defizitländer durch einen *Marshallplan* fördern
- *Ausgleichsunion* mit Strafzahlungen

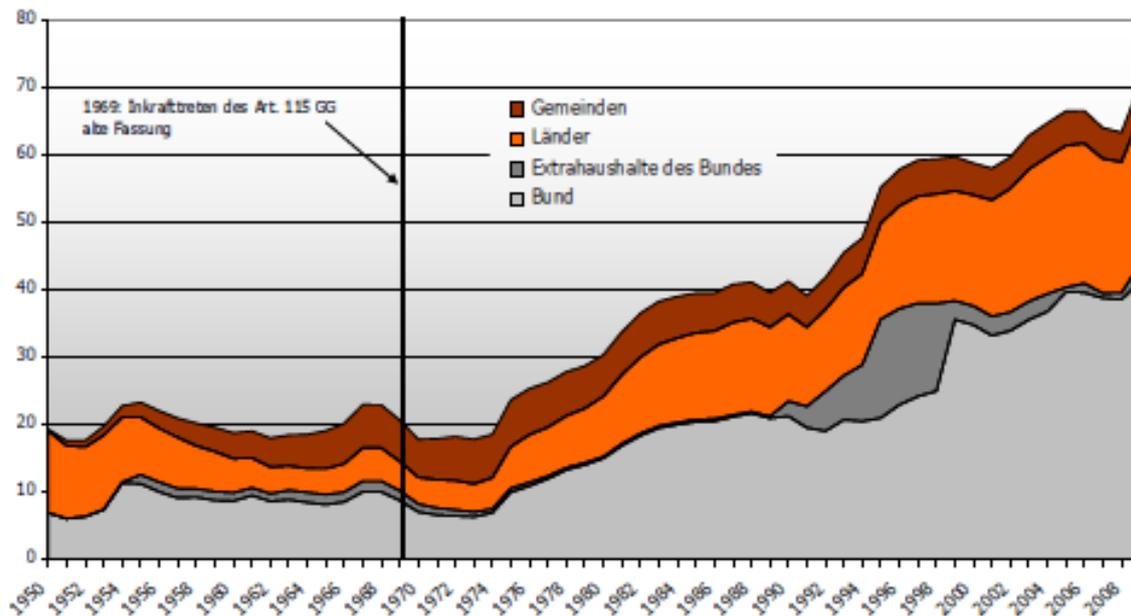
Axel Troost & Lisa Paus: [Eine Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0](#), Institut für Solidarische Moderne, 2011

6. Profiteure zur Kasse

- Finanztransaktionssteuer
 - in Koalition mit anderen europäischen Staaten
 - breites Bündnis „Steuer gegen Armut“, Attac, Gewerkschaften
- Bankenabgabe



Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum BIP (%), 1950-2009



Gründe für Anstieg der öffentlichen Schulden

Seit 1990 drei Phasen:

- Wiedervereinigung und „Aufbau Ost“
- Nach 2009: Stützungsprogramme für Banken sowie Wirtschaftsförderung
- Falsche Politik umfangreicher Steuer-senkungen, seit 1998

Entwicklung der öffentlichen Verschuldung aller Gebietskörperschaften in Deutschland

Zeiträume	Schuldenzuwachs nach Perioden	jährlicher Durchschnitt
1951-1974	87,8	3,7
1975-1982	216,4	27,0
1983-1989	161,0	23,0
1990-1997	657,7	82,2
1998-2001	91,1	22,8
2002-2006	304,4	60,9
2007-2008	32,5	16,3
2009-2011	414,2	138,1

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnung;

Summe steuerrefombedingter Ausfälle durch Steuergesetzesänderungen seit 1999 in Mrd. Euro

Jahr	2000-11	2008-11
Insg.	-235,54	-100,31
Bund	-81,28	-13,49
Länder	-137,1	-70,03
Gemeinden	-17,16	-16,79

Quelle: Kai Eicker-Wolf/Achim Truger: Kommunalfinanzbericht 2012: Entwicklung und Perspektiven der Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen; Studie im Auftrag von ver.di NRW, Landesfachbereich Gemeinden; eigene Berechnungen Axel Troost, MdB DIE LINKE

Kosten der Arbeitslosigkeit I

Tatsächliche Arbeitslosigkeit im Oktober 2013	3.642.865
Offizielle Arbeitslosigkeit	2.801.189
Nicht gezählte Arbeitslose	841.676
Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II	200.465
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten)	117.717
Förderung von Arbeitsverhältnissen ²	7.877
Fremdförderung	88.968
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	27.699
berufliche Weiterbildung	158.001
Aktivierung und berufliche Eingliederung (z. B. Vermittlung durch Dritte)	156.097
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose)	5.034
Kranke Arbeitslose (§126 SGB III)	79.818

Fiskalische Effekte (ohne Beschäftigungswirkungen)

Effekt in Mio Euro auf...	5 Euro	7,50 Euro	8,50 Euro	10 Euro	12 Euro
Erwerbseinkommen	2.264	9.098	14.472	26.410	51.515
geleistete Einkommensteuer	291	1.547	2.673	5.308	11.467
geleistete Sozialbeiträge	458	1.731	2.682	4.934	9.505
... an die Rentenversicherung	244	918	1.397	2.584	5.005
... an die Krankenversicherung	157	598	951	1.737	3.316
... an die Pflegeversicherung	23	86	137	251	479
... an die Arbeitslosenversicherung	34	129	197	364	704
empfangene Sozialtransfers	-533	-1.341	-1.705	-2.509	-3.426
... Arbeitslosengeld II	-162	-712	-975	-1.397	-1.982
... Sozialhilfe	-188	-249	-268	-306	-352
... Wohngeld	-3	-20	-49	-98	-247
... Kinderzuschlag	-180	-361	-414	-707	-844
Fiskalischer Effekt	1.282	4.620	7.059	12.752	24.397

eigene Berechnungen auf Basis SOEP (2009)

Kommunaler Investitionsbedarf 2006 – 2020

	Alte Bundesländer			Neue Bundesländer und Berlin			Deutschland	
	in Mrd. Euro	in %	in Euro/EW	in Mrd. Euro	in %	in Euro/EW	in Mrd. Euro	in %
Trinkwasser	21,5	3,9	327	7,5	4,7	447	29	4,1
Abwasser	45,8	8,4	697	12,4	7,8	740	58,2	8,3
Verwaltungsgebäude	16,9	3,1	257	2,9	1,8	173	19,8	2,8
Krankenhäuser	23,7	4,3	361	7,2	4,5	429	30,9	4,4
Schulen	61,1	11,2	930	11,9	7,5	712	73	10,4
Sportstätten	27,1	5	413	8,1	5,1	483	35,2	5
Straßen	118,3	21,7	1.801	43,3	27,3	2.581	161,6	23
ÖPNV	30,4	5,6	463	8	5,1	477	38,4	5,5
Städtebau	6,3	1,2	96	3,8	2,4	226	10,1	1,4
Sonstige Bereiche	160	29,3	2.436	48,4	30,6	2.885	208,4	29,6
Erwerb von Grundvermögen	34,7	6,4	528	4,8	3	286	39,5	5,6
Summe/Mittelwert	545,8	100	755	158,4	100	858	704,1	100

Quelle: Schätzungen des Difu

wichtige gesellschaftliche Aufgaben erfordern öffentliche Finanzmittel

Bildung GEW-Ziel : 10% des BIP bis 2015 (Bildungsgipfel 2008) -7% für Bildung -3 % für Wissenschaft • Ländersache, KITAs: kommunal	Kindertagesstätten	8,9 Mrd. Euro ermittelte jährliche Mehrausgaben durch Hans-Böckler-Stiftung (HBS) /Jaich 2008; FES / Klemm: 6,25 Mrd. Euro zusätzlich für 7%-Ziel bis 2015
	Schulen (ohne Baumaßnahmen)	4,95 Mrd. Euro (HBS /Jaich); FES/Klemm: günstige Wirkungen demographischer Wandel
	Berufliche Bildung	670 Mio. Euro (HBS /Jaich): vollzeitschulische Ausbildung
	Weiterbildung	8,72 Mrd. zusätzlicher jährlicher öffentlicher Aufwand (HBS/Jaich)
	Hochschule	6,176 Mrd. Euro jährliche Mehrausgaben zum Abbau der Unterfinanzierung (HBS /Jaich)
ökologischen Umbau Energie •Kommunen, Bund , Länder, EU (Zuweisungen, Fördermittel)	Energiewende	durchschnittlich 0,3 -0,6 Prozent / BIP für (Studie „Klimaschutz bis 2050“, Prognos / Ökoinstitut für kompletten Energiesektor neben Strom, Wärme, Verkehr, verbindet Atomausstieg mit Klimaschutz, Emmissionszielen)*
	CO2-Gebäudesanier. (allein)	Beispiel Schulgebäude: Bedarf 78,5 Mrd. Euro bis 2020 (Difu 2008)
Verkehr •Bund, Länder, Kommunen (77% der Straßen sind in kommunaler Trägerschaft)	Schienen (Ausbau, Sicherung des Bestandsnetzes)	3,2 Mrd. Euro für Ausbau, 2,5 Mrd. Euro für Bestand (Lärmschutz etc.)
	Straßen (Instandhaltung)	2,3 Mrd. Euro Erhaltungsbedarf allein durch vergangenen Winter entstandene Schäden („Schlaglöcher“) (Kommunale Spitzenverbände 10.1.11)
	Kommunalen Nahverkehr stärken	38,4 Mrd. Euro Investitionsbedarf Kommunalen Personennahverkehr über Zeitraum 2006-2020 (Difu 2008)

Schuldenbremse - Stellschrauben

- Bund: erlaubt jährliche Verschuldung von bis zu 0,35 % des nominalen BIP („strukturelle Verschuldung“)
- Bund und Länder: Kredite können bei „einer von der Normallage abweichenden Entwicklung“ aufgenommen werden, d.h. Kreditaufnahme ist nur dann möglich, wenn Konjunkturentwicklung von Normallage abweicht
 - Auf- und Abschwung sind symmetrisch zu berücksichtigen
 - konjunkturbedingte Verschuldung ist über Konjunkturzyklus hinweg wieder vollständig abzubauen (Ausgestaltung für Bund, Art. 115 GG)

Statt Politik der leeren Kassen durch Steuersenkungen und Schuldenbremse - Politik der verteilungsgerechten Mehreinnahmen

- Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer
- EU-weite Erhöhung der Unternehmensbesteuerung
- Vermögensbesteuerung
- Erbschaftsteuer
- Gemeindewirtschaftsteuer
- Finanztransaktionsteuer
- Durchforstung von Steuersubventionen

Umschichtungen auf der Ausgabenseite

Mehreinnahmen Steuerkonzept DIE LINKE	
Steuer	Milliarden Euro
<i>Millionärsteuer</i>	+ 80
Erbschaftsteuer	+ 7
Unternehmensbesteuerung	+ 35
<i>Gemeindewirtschaftsteuer</i>	+ 7
<i>Finanztransaktionsteuer</i>	+ 27*
<i>Steuervollzug und Steuerhinterziehung</i>	+ 15
Bekämpfung Extraprofite aus Emissionshandel	+ 4
Mehrwertsteuer	- 12
Kerosin-, Schiffbenzinsteuern	+ 4
Bankenabgabe	+ 10
Einkommensteuer	- 11
<i>Zinsabschlag</i>	+ 5
Saldo Mehreinnahmen	+171

* davon 13,5 Mrd. Euro für Klimaschutz und internationale Armutsbekämpfung

Konzept Steuergerechtigkeit von ver.di

Hier soll etwas geändert werden	So viel fließt mehr in die Staatskasse
Lohn- und Einkommensteuer	+ 4 Milliarden Euro
Vermögensteuer	+ 20 Milliarden Euro
Erbschaftsteuer	+ 6 Milliarden Euro
Unternehmensteuer	+ 20 Milliarden Euro
Gemeindewirtschaftsteuer	+ 3 Milliarden Euro
Finanztransaktionsteuer	+ 10 Milliarden Euro
Steuervollzug	+ 12 Milliarden Euro
insgesamt	+ 75 Milliarden Euro

**Steuermehreinnahmen aus ausgewählten steuerpolitischen Forderungen der LINKEN
und ihre Verteilung auf die föderalen Ebenen (in Milliarden Euro)¹**

	insgesamt ²	Bund ²	Länder ²	Gemeinden ²
Steuereinnahmen 2011 (Ist)	548,9	248,0	224,3	76,6
Steuereinnahmen 2012 (Prognose)	574,3	256,2	236,8	81,3
Anteile		44,61%	41,23%	14,16%
Mehreinnahmen ausgewählter Einzelmaßnahmen³:				
Gemeindewirtschaftsteuer (brutto)	14			14
Anrechnung auf Einkommensteuer	-7	-3	-3	-1
Gewerbesteuerumlage		-1,6		1,6
Millionärsteuer				
i. Stufe: Umsetzung Vermögensteuer	20		20	
Abschaffung Abgeltungsteuer	5	2,1	2,1	0,8
Finanztransaktionsteuer	27	27		
Verbesserungen beim Steuervollzug	15	6,5	6,5	2
Steuereinnahmen nach Reform 2012	648,3	287,2	262,4	98,7
Anteile		44,30%	40,48%	15,22%
Zuwachs Steuereinnahmen in % gegenüber Steuereinnahmen 2012 (Prognose)	12,89%	12,10%	10,81%	21,40%
absolut in Milliarden Euro	74,0	31,0	25,6	17,4

¹ ohne Berücksichtigung der Mittel für die EU

Quelle eigene Berechnungen

² Zuwachs gegenüber Prognose 2012

³ Gerundete Werte für Länder und Gemeinden auf Grundlage ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung (für Stadtstaaten: Einwohnerfaktor 1,35)

Verteilung der Steuermehreinnahmen der Bundesländer im Länderfinanzausgleich (LFA) nach Einwohnern

Bundesland	Bevölkerung am 31.12.2011	gewichtete Bevölkerung	Anteil
Baden-Württemberg	10 786 227	10 786 227	12,9%
Bayern	12 595 891	12 595 891	15,0%
Berlin	3 501 872	4 727 527	5,6%
Brandenburg	2 495 635	2 495 635	3,0%
Bremen	661 270	892 715	1,1%
Hamburg	1 798 836	2 428 429	2,9%
Hessen	6 074 950	6 074 950	7,2%
Mecklenburg-Vorpommern	1 634 734	1 634 734	1,9%
Niedersachsen	7 913 502	7 913 502	9,4%
Nordrhein-Westfalen	17 841 956	17 841 956	21,3%
Rheinland-Pfalz	3 999 117	3 999 117	4,8%
Saarland	1 013 352	1 013 352	1,2%
Sachsen	4 137 051	4 137 051	4,9%
Sachsen-Anhalt	2 313 280	2 313 280	2,8%
Schleswig-Holstein	2 837 641	2 837 641	3,4%
Thüringen	2 221 222	2 221 222	2,6%

Verteilung der Mehreinnahmen (Mrd. Euro)

	insgesamt	Bund	Länder	Land Mecklenburg- Vorpommern*	Gemein- den	Gemeinden Mecklenburg- Vorpommern*
2011 (Ist)	548,9	248,0	224,3	5,60	76,6	0,83
2012 (Prognose)	574,3	256,2	236,8		81,3	
<i>Anteile</i>		44,6%	41,2%		14,2%	
Mehreinnahmen ausgewählter Einzelmaßnahmen:						
Gemeindewirtschaftsteuer (brutto)	14				14	0,12
Anrechnung auf Einkommensteuer	-7	-3,0	-3,0	-0,06	-1,0	-0,02
Gewerbsteuerumlage		-1,6			1,6	0,03
Millionärsteuer						
1. Stufe: Umsetzung Vermögensteuer	20		20	0,39		
Abschaffung Abgeltungsteuer	5	2,1	2,1	0,04	0,8	0,02
Finanztransaktionsteuer	27	27				
Verbesserungen beim Steuervollzug	15	6,5	6,5	0,13	2,0	0,04
Steuereinnahmen nach Reform 2012	648,3	287,2	262,4	6,11	98,74	1,02
<i>Anteile</i>		44,3%	40,5%		15,2%	
Zuwachs Steuereinnahmen in % gegenüber Prognose 2012	12,9%	12,1%	10,8%	8,9 %	21,4%	23,0%
Absolut in Mrd. Euro	74,0	31,0	25,6	0,50	17,4	0,19

* Gerundete Werte für Mecklenburg-Vorpommern auf Grundlage von Einwohnerfaktor 1,9 % der Gesamtbevölkerung, Zuwachs gegenüber den Steuereinnahmen (Ist) 2011

Dr. Axel Troost, MdB
DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Verteilung der Mehreinnahmen der Bundesländer (in Milliarden Euro) auf die einzelnen Bundesländer

	Länder insgesamt	Mecklenburg- Vorpommern
Steuereinnahmen 2011 (Ist)	224,27	5,60
Mehreinnahmen ausgewählter Einzelmaßnahmen:¹		
Gemeindewirtschaftsteuer (brutto)		
Anrechnung auf Einkommensteuer	-3,00	-0,06
Gewerbsteuerumlage		
Millionärsteuer		
1. Stufe: Umsetzung Vermögensteuer	20,00	0,39
Abschaffung Abgeltungsteuer	2,10	0,04
Verbesserungen beim Steuervollzug	6,50	0,13
Steuereinnahmen nach Reform	249,87	6,11
absoluter Zuwachs der Steuereinnahmen	25,60	0,50

**Wichtige gesellschaftliche Aufgaben
erfordern finanzielle Mittel,
packen wir es an
und Steuern um!**